

EU überdenkt Verbrenner-Aus: Retter oder Risiko für Autofahrer?

Die EU prüft das Verbrenner-Verbot ab 2035, um die Automobilindustrie zu stärken und CO₂-Ziele flexibel umzusetzen.

Brüssel, Belgien - Die EU hat sich erneut mit der Zukunft der Automobilindustrie und den geplanten Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen auseinandergesetzt. Im Mittelpunkt steht die Überprüfung des Verbrenner-Aus ab 2035, welches nun in Frage stehen könnte. Diese Überprüfung zielt darauf ab, sowohl Klimaziele zu erreichen als auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Autohersteller zu erhalten. Wie **Ruhr24** berichtet, könnte das ursprünglich festgelegte Verbot für den Verkauf neuer Diesel- und Benzinfahrzeuge gelockert werden, wobei E-Fuels als mögliche Alternative nach 2035 diskutiert werden.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat signalisiert, dass zukünftige Regelungen möglicherweise technologische Neutralität berücksichtigen werden. Kritiker warnen jedoch vor den praktischen Hürden der E-Fuels-Nutzung. Gesundheitsexperten, darunter 500 Ärzte, haben bereits auf die gesundheitlichen Folgen von Verbrennermotoren, insbesondere für Kinder, hingewiesen. Die Debatte um den Verbrenner-Aus zeigt, wie komplex die Situation ist; während einige Akteure eine Lockerung der Vorschriften fordern, drängt der Verband der Automobilindustrie (VDA) auf ein festes Ausstiegsdatum für fossile Brennstoffe, jedoch erst ab 2045.

Neue CO₂-Vorgaben und ihre Folgen

Die EU plant, den Autoherstellern mehr Flexibilität bei der Einhaltung der strengen CO₂-Ziele zu geben. Wie **Tagesschau** berichtet, sollen die Hersteller drei Jahre Zeit erhalten, um die verschärften Emissionsvorgaben einzuhalten. Diese Maßnahme wird als Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen in der Automobilbranche gesehen, wo der Absatz von E-Autos tendenziell schwächelt.

Deshalb wird ein Aktionsplan vorbereitet, der nicht nur die CO₂-Ziele anpassen, sondern auch die Entwicklung neuer Technologien fördern soll. Plug-in-Hybride sollen ebenfalls weiterhin verkauft werden dürfen. Die EU-Kommission betont die Dringlichkeit, die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen zu steigern, und plant, dies in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Wirtschaftliche Auswirkungen und Zukunftsperspektiven

Die Überarbeitung der CO₂-Normen steht unter dem Druck, auch die wirtschaftlichen Aspekte zu berücksichtigen. Ein Großteil der Industrie fordert eine Abmilderung der aktuellen Regelungen, um drohende Strafzahlungen zu vermeiden. Volkswagen könnte davon betroffen sein, da dem Unternehmen eine Strafe von 1,5 Milliarden Euro drohte. **Auto Motor und Sport** hebt hervor, dass die EU flexiblere Regelungen in Betracht zieht, um die Automobilindustrie zu unterstützen und die Arbeitsplätze in dieser Branche zu sichern.

Für die Autofahrer bedeutet dies, dass sie kurzfristig günstigere Benzin- und Dieselaautos weiterhin erwerben können. Langfristig zeigt eine Umfrage, dass nur 17 Prozent der Autofahrer das Verbot von Verbrennern unterstützen, während 44 Prozent dagegen sind. In Anbetracht der wirtschaftlichen Unsicherheiten, der Rezession in Europa und der geforderten Klimaziele steht die Autoindustrie vor einer enormen Herausforderung, die nicht nur technologische Innovation verlangt, sondern auch auf das

Bedürfnis der Verbraucher eingehen muss.

Insgesamt bleibt die Situation spannend, da die EU versucht, sowohl wirtschaftliche Interessen zu wahren als auch die klimatischen Vorgaben einzuhalten. Die kommenden Monate dürften entscheiden, welcher Weg für die Automobilindustrie in Europa der richtige ist, während gleichzeitig die Gesundheit der Bevölkerung und der Zustand der Umwelt im Fokus stehen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Brüssel, Belgien
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ruhr24.de• www.tagesschau.de• www.auto-motor-und-sport.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de